

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Grohmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Zugpreis: In Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld, W. Thienes, Greifswald, G. Hiltz,
Halle a. S. Jul. Barch & Co., Hamburg, Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Der „Reichs- und Staats-
Anz.“ schreibt im nichtamtlichen Theile:

In zahlreichen Wahlzirkeln werden Be-
hauptungen bezüglich der Militärvorlage aufge-
stellt, die in wesentlichen Punkten den tatsäch-
lichen Verhältnissen vollständig widersprechen.

Dieser Umstand fällt um so mehr auf, als in
der Militärkommission des Reichstages die ein-
schläglichen Verhältnisse seitens der Militärver-
waltung wiederholt klar gestellt worden sind.

In den einzelnen Bundesländern häufig wieder-
kehrenden falschen Behauptungen ist zu bemerken:
1. Die Angabe, daß der Reichstag wegen
eines Unterschiedes von 11 000 Rekruten aufgelöst
wurde, ist unrichtig.

Der von den verbündeten Regierungen
acceptirte Vorschlag Hunsers forderte unter Wegfall
von 17 500 über den Ersatzfreiwilligen unter gleich-
zeitiger Einführung der zweijährigen Dienstzeit
bei den Infanterie-Regimenten u. s. abgesehen von der
Verpflichtung des Auszubildenden — etwa
53 000 Rekruten mehr als bisher, während die
damalige freiwillige Partei die Bewilligung der
zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen
Friedenspräsenzstärke forderte, woraus sich nur ein
Mehr von 25 000 Rekruten ergab.

Allerdings sollten die Leistungen der Ersatz-
freiwilligen im bisherigen Umfang beibehalten
werden.

Es handelte sich somit nicht um einen Unter-
schied von 11 000, sondern von 28 000 Rekruten,
denn es muß jedem klar einleuchten, daß ein nur
kurze Zeit auszubildender Ersatzfreiwilliger nicht gleich-
zeitig einem zwei Jahre dienenden Mann gegen-
übergestellt werden kann, ganz abgesehen davon,
daß bei den Reichstagsverhandlungen seitens der
Militärverwaltung die politische Unmöglichkeit der
Beibehaltung der Ausbildung der Ersatzfreiwilligen
bei gleichzeitiger Einführung der zweijährigen
Dienstzeit nachdrücklich hervorgehoben worden ist.

Daran ändert auch die beispielsweise von der
„Freiwilligen Zeitung“ vom 6. Juni 1893 ge-
brachte Erklärung, der Kriegsminister von Verdy
hätte die Abschaffung der Ersatzfreiwilligen vorerst
beibehalten wollen, nichts; denn die „Freiwillige
Zeitung“ verschweigt hierbei, daß dem Verdy-
schen Bericht nicht die zwei, sondern die dreijährige
Dienstzeit zu Grunde lag.

2. Wieviel Mann wurden schon bisher
(1891) zur militärischen Ausbildung jährlich
eingestellt?

Die Beantwortung dieser Frage lautet in den
gemeinsamem Jahrbüchern:

a) in Deutschland: 211 403 Mann.
b) in Frankreich: 214 442 Mann.

Auch diese Angaben treffen nicht zu.
Nach der dem Reichstag zugewandten amt-
lichen Übersicht über das Ergebnis des Aus-
hebungsgeschäfts im Jahre 1891 sind einschließlich
aller Freiwilligen 198 500 Mann in Deutschland
ausgehoben worden, wovon etwa 10 500 Mann
für durch Tod, Unbrauchbarkeit u. s. w. abge-
gangene als Nachersatz und 5000 für Marine
abgezogen sind, so daß für das Landheer rund
183 000 Mann, oder 28 403 Mann weniger, als
jene irreführenden Flugblätter und Zeitungs-
artikel behaupten, zur Ausbildung gelangt sind.

In Frankreich werden bekanntlich alle Dienst-
tauglichen eingestellt.

Nach dem amtlichen Bericht des französischen
Kriegsministeriums vom 24. Juni 1891, „compte-
rendu sur le recrutement de l'armée pendant
l'année 1890“ wurden allein für das Landheer
einschließlich der Freiwilligen in Frankreich
226 416 Mann ausgehoben. Dazu treten noch
mehrere Tausende für solche Marine-Infanterie-
und Artillerie-Truppenteile ausgehobene hinzu,
welche berufen sind, im Fall eines europäischen
Krieges im Verband der Landarmee verwundet zu
werden, so daß die Gesamtaushebungsziffer für
das französische Landheer die Ziffer von 230 000
Mann im Jahre 1890 nicht nur erreicht, sondern
noch übersteigt. Daß berechnet, daß rund 16 000
Mann im Jahre 1890 in Frankreich mehr aus-
gehoben sind, als jene Flugblätter angeben; der
Unterschied zwischen der deutschen und französischen
Aushebungsziffer beträgt sich hiernach im Ganzen
auf ein Mehr von rund 44 000 Mann zu Gun-
sten der französischen.

Bei den Kommissionsverhandlungen wurde
dieser Gegenstand in ausführlicher Weise be-
handelt, worüber Seite 10 des Grobberichten Kom-
missionsberichts Aufschluß giebt, der die betreffenden
Ziffern auch enthält.

3. Wieviel Mann würden künftig jährlich in
Deutschland eingestellt werden?

a) nach der Forderung der Regierung:
laut einem freiwillig vollenständigen
Flugblatt 247 403
b) nach dem Angebot der freiwilligen Volks-
partei:
laut Wahlzettelblätter dieser Partei 236 403

In beiden Fällen sind bei der „tatsächlichen“
Angabe die Einjährig-Freiwilligen und der Nach-
ersatz unberücksichtigt geblieben. Letztere deshalb,
weil er nur als Deckung für Abgänge dient und
daher auf die Zahl der ausgebildeten Mann-
schaften ohne Einfluß bleibt.

4. Wie groß war die deutsche Kriegsmarine
1870-71?

Laut Flugblättern, die im Verlage der „Frei-
willigen Zeitung“ erschienen sind,
1 350 787 Mann (einschließlich der nach Aus-
bruch des Krieges Ausgehobenen),
tatsächlich 1 452 000 Mann. (Generalstabs-
werk Band V Seite 865.)

5. Wie groß würde künftig die deutsche Kriegs-
armee sein ohne die neue Vorlage?

Laut obengenannten Flugblättern 3 700 000 bis
3 900 000 Mann;

tatsächlich, wie in der Militärkommission
nachgewiesen, auf Grund der sich aus der Heeres-
Verordnung 1890 ergebenden Rekrutenquote in
24 Jahren (also 1914) = 3 500 000 Mann nach
Abzug der Abgänge und einschließlich der Ersatz-
freiwilligen.

6. Wie groß würde die deutsche Kriegs-
armee künftig werden nach der Forderung der
Regierung?

Laut den Wahlzettelblättern | tatsächlich
der Deputation | fast 4 300 000 Mann.
4 348 000 bis 4 548 000

7. Wie groß würde die deutsche Kriegs-
armee künftig nach dem Angebot der freiwilligen
Partei?

Laut Wahlzettelblättern | tatsächlich
der Deputation | fast 4 300 000 Mann.
4 348 000 bis 4 548 000

nach der „Freiwilligen
Zeitung“
4 150 000-4 350 000 Mann,
das heißt nicht viel mehr als die jetzige Organi-
sation an ausgebildeten zur Verfügung stellt.

Es wird hierbei ausdrücklich hervorgehoben,
daß natürlich, wie schon früher nachgewiesen,
Ersatzfreiwilligen bei zweijähriger Dienstzeit nicht in
Frage kommen.

8. Wie groß ist gegenwärtig die deutsche
Friedenspräsenzstärke (eigl. Offiziere)?

Laut freiwillig-voll- | tatsächlich
ständigen Wahlzettel- | 495 983 Mann einschl.
blättern 502 000 | Einjährig-Freiwilliger.

Die Einrechnung über der Ersatzfreiwilligen in
die Präsenzstärke ist, wie von Herrn Richter in der
Militärkommission richtig hervorgehoben wurde,
ein Unbegriff, man könnte dann ebenso gut auch
die zu den Übungen einberufenen Mannschaften
des Verurlaubtenstandes in ähnlicher Weise hinzu-
schlagen, und dann würden wir gegenüber Frank-
reich allerdings sehr viel zu kurz kommen, denn
für Übungen des Verurlaubtenstandes sind im
Jahre 1893 vorgesehen:

mit
Mann Übungsstagen
in Frankreich 508 907 10 836 000
173 970 3 448 464

in Deutschland | +Ersatz-
freiwilligen 44 656 2 065 000

Mithin in Frankreich mehr 290 281 5 322 536

9. Wie ist die deutsche Friedenspräsenz schon
bisher gewachsen?

Es wird behauptet, die deutsche Friedens-
präsenzstärke habe 1872 nur 350 000 Mann be-
tragen, während sich dieselbe tatsächlich (laut
Reichs-Militärgesetz vom 9. Dezember 1871) auf
401 659 Mann belief.

Auf den Vorschlag ferner Vergleiche
zwischen angeblichen Friedenspräsenzstärken
Deutschlands und Frankreichs verwiesen, indem
falschlich angegeben wird, daß beide gleich hoch
seien. Es ist deshalb angezeigt, den Sachverhalt
nochmals kurz zu erörtern:

Auf Seite 10 und 11 des Grobberichten Kom-
missionsberichtes über die Verhandlungen der Militärkom-
mission steht:
Die französische Friedenspräsenz beträgt nicht
502 000, sondern 520 000 Mann. 502 000 Mann
bilden die Stärke abzüglich der Rekrutenabgang.
Nach gleicher Berechnung beträgt die deutsche
Präsenzstärke (496 000 Mann abzüglich der Re-
krutenabgang u. s. von 21 000 Mann) rund 475 000
Mann.

Die deutsche Stärke ist somit 27 000 Mann
geringer als die entsprechende französische.

Diese unbestreitbare Tatsache wird zu ver-
schleiern versucht, indem die französische Präsenz-
stärke nach der Durchschnittsziffer, die deutsche
aber nach der Maximalstärke angegeben wird,
was ein völlig falsches Bild giebt. Durchschnitts-
stärke und Maximalstärke sind Begriffe, welche für
Vergleiche nicht ohne Weiteres verständlich sind. Be-
achte es doch erst einer langen Debatte in der
Militärkommission, um diesen Punkt völlig zu
klären.

Schlieflich bleibt noch die öfter wiederkehrende
Angabe zu widerlegen, daß die geforderte Präsenz-
erhöhung von 70 000 Mann, „einschließlich der
Normierung der Präsenzstärken als Durchschnitts-
ziffer statt der Maximalstärke“ einer Erhöhung
von 90 000 Mann gleichkäme.

Die Durchschnittsziffer hat mit der Erhöhung
der Friedenspräsenz nichts zu thun, sie ist lediglich
eine Schätzung; durch sie wird kein Mann
mehr ausgehoben, kein Rekrut mehr einge-
stellt, kein ausgebildeter Mann mehr ent-
lassen.

Das Angebot der freiwilligen Volkspartei hat
— abgesehen davon, daß die Einstellung des Plus
von 25 000 Rekruten ohne Erhöhung der Fried-
enspräsenzstärke eine baare Unmöglichkeit ist —
eine Verstärkung der Armee nicht oder doch nur
in ganz minimalem Umfang zur Folge.

Eine Verjüngung der Armee bezw. die Scho-
nung der älteren Jahrgänge wird dadurch über-
haupt nicht erreicht, während nach der Regie-
rungsanfrage 7 Jahrgänge künftig nur rund 6

" " 16 " " " 13
" " 20 " " " 16
" " 24 " " " 20
erforderlich werden.

Diese Angaben sprechen für sich selbst.

Δ Berlin, 8. Juni. Die „Börsezeitung“
ist in der Lage, mitzutheilen, daß der Kaiser den
Reichstag nicht nur persönlich eröffnen, sondern
auch persönlich schließen wird. Auf jeden Fall
wird der Monarch die Nordlandreise nicht frü-
her antreten, als bis nicht das Schicksal der
Militärvorlage entschieden ist.

Die meisten Morgenblätter beschäftigen sich
mit dem von der „Volks-Zg.“ gestern repro-
duzierten Entwurf eines Brautwettrennens und
kommentieren denselben meist in abfälliger Weise.

In diplomatischen Kreisen wird auf das be-
stimmteste den in der hiesigen und auswärtigen
Presse zeitweise auftretenden Gerüchten wider-
prochen, daß zwischen dem Kaiser und der
preussischen Gesandtschaft in Rom Verhandlungen
zu Gunsten einer Einwirkung der Kurie auf
das Zentrum in Sachen der Militärvorlage statt-
finden.

Der General von Boguslawski veröffentlicht
in der „National-Zeitung“ einen eingehenden Auf-
satz über das russische Heer der Gegenwart. Der
Aufsatz schließt mit der Ansicht Boguslawski's,
die Mobilisierung in Russland sei sehr sorgfältig
vorbereitet und soweit wie möglich der deutschen
nachgebildet. Der Geist der russischen Truppen
würde in einem Kriege ebenfalls von nationalem
Fanatismus erfüllt sein.

Der Erholungs-Urlaub für sämtliche Post-
beamten Berlins ist nach einer Mitteilung des
„Vorwärts“ bis nach dem 15. Juni hinaus-
geschoben worden, um den Beamten die Theil-
nahme an der Wahl zu ermöglichen.

Die „Germania“ verbarrt gegenüber der
getriggerten insinuirten Klugung der „Nord-
Allg.-Zg.“ auf dem Standpunkte, daß eine wie-
derholte Reichstagsauflösung in ein und derselben
Frage dem Geiste der Verfassung widerspreche.

Rector A. D. Althardt stand heute vor der
2. Strafkammer des Landgerichts I (Vorwissen-
der Landgerichtsrath von Kirchbach), die sich wegen
Beleidigung der Gesamtheit der preussischen
Beamten, insbesondere der Beamten und Be-
hörden der Justizverwaltung, zu verantworten.
Die Beleidigungen sollen in einer Rede gefallen

sein, welche Althardt am 20. Oktober 1891 in
Essen gehalten hat. Damals war vom Staats-
anwalt eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis im
Antrag gebracht worden, der Gerichtshof gab aber
damals den Anträgen der Verteidigung auf Er-
gänzung der Beweisführung nach und beschloß,
auch heute, die Sache zu vertagen, da es für
notwendig hält, den Polizeikommissar Genz, der
damals die Versammlung überwachte, persönlich
hier an Gerichtsstelle zu vernehmen.

Prinz Friedrich August von Sachsen, welcher
hier selbst an den Märsen erkrankte, war so weit
wieder hergestellt, um heute Mittag mit seiner
Begleitung Berlin verlassen zu können.

Der Antrag Schröders betreffend Rechtsver-
pflichtung der politischen Gemeinde Berlin zum
Beitrag von Kirchen- und Pfarrhausbauten ist
von den vereinigten Kreisständen nach 2^{1/2} stündi-
ger Verathung mit großer Mehrheit abgelehnt
worden.

Auch die lippe'schen Verehrer des Fürsten
Bismarck wollen Ende d. Mts. eine Ausbegrü-
zung nach Friedrichsruh unternehmen.

Wie man aus Darmstadt schreibt, wird in
dortigen Hofkreisen die in nächster Zeit bevor-
stehende Verlobung des Großfürsten Thronfolger
von Rußland mit Prinzessin Alice, der jüngsten
Schwester des Großherzogs, lebhaft besprochen.

Wie aus Hamburg berichtet wird, wurden
heute abends zehn wegen Fahrkartenzwangs
verhaftete Viehhändler in das Hamburger Unter-
suchungsgefängnis eingeliefert. — Aus Essen ist
die Mitteilung hierher gelangt, daß dort in der-
selben Angelegenheit wiederum drei Bahnhofsaffäre
verhaftet worden sind.

Der „Pest Naplo“ meldet aus Kaschau von
der plötzlichen Erkrankung des Erzherzogs Albrecht;
die Krankheit sei indessen keine ernsthafte und man
hofft, daß dieselbe in einigen Tagen behoben sein
wird.

— Heute früh kam Seine Majestät der Kai-
ser nach Berlin, bestieg bei Wartenburg 4 bei
Schöneberg mit seiner Begleitung die bereit ge-
haltenen Reitsperre und begab sich nach dem
Tempelhofer Feld, wo im Beisein Ihrer kaiserli-
chen Hoheit des Grafen von Turin und des
Prinzen Friedrich Leopold, sowie einer glänzenden
Suite und vieler fremder Offiziere die
Eröffnung der beiden Garde-Regimenter
stattfand. Nach Beendigung der Zer-
emonie empfing Seine Majestät der Kaiser mit
Seiner kaiserlichen Hoheit dem Grafen von Turin
eine Einladung des Offiziers-Korps des 1. Garde-
Regiments zur Frühstückstafel nach dem
Offiziers-Kasino.

— Der Reichskommissar Peters erklärt in
der „Deutschen Post“, daß alle Nachrichten über
den Tod Emin Paschas falsch seien.

— Der Großfürst Thronfolger von Rußland,
dessen Verlobung schon oft irrtümlich be-
richtet worden ist, wird nun endlich
auch seine Wahl treffen über die er viel mehr be-
reits getroffen. Wie man dem „V. T.“ aus
Darmstadt schreibt, wird in dortigen Hofkreisen
die in nächster Zeit bevorstehende Verlobung des
Großfürsten Thronfolger von Rußland mit Prin-
zessin Alice, der jüngsten Schwester des Groß-
herzogs, lebhaft besprochen. Ebenso erregt, wie
über diese Nachricht, ist man am Darmstädter
Hof über die Genehmigung der Verlobung des
Großfürsten Georg, des jüngeren Bruders des
Thronfolgers, mit der Prinzessin Elisabeth von
Sachsen, bekanntlich schon oft als zukünftige Zarin
genannt. Sie hat vorgestern ihr 21. Lebensjahr
vollendet. Der Jährestag ist 4 Jahre älter.

— Bei einer in diesen Tagen von verschie-
denen Blättern gebrachten Notiz über die Ver-
urteilung der preussischen Minister in der ersten
Hälfte des Monats Juli, wobei namentlich betont
wurde, es sei darauf gerathen, daß sechs zwei
Minister in Berlin anwesend sein sollten, ist
angenehmlich übersehen, daß die Landtags-
sitzung selbst bei ganz günstigem Verlaufe weit in
den Monat Juli hinein erstrecken wird und daß
an den bevorstehenden Arbeiten die meisten Mit-
glieder des Staatsministeriums betheiligt sind.
So ist an der Steuerreform außer dem Finanz-
minister Dr. Müller der Minister des Innern
Graf zu Eulenburg betheiligt. Der Kultus-
minister Dr. Hoffe hat in beiden Häusern des
Landtags noch mehrere Gesetzentwürfe aus dem
Reffort des Volkskammerwesens von erheblicher
Bedeutung, auch ist die Interpellation über die
Mafregeln gegen die Choleraepidemie bis zu seiner
Mittwoch-Vertrag. Aus dem Reffort des Ministers
der öffentlichen Arbeiten, Thielen, erwartet die
Sekundärbahn-Vorlage noch im Herrenhause ihrer
Erledigung, während im Abgeordnetenhaus die
Frage der Tarife, namentlich der Staffeltarife,
zur Erörterung gelangt wird. Es ist daher
nicht anzunehmen, daß die regelmäßige Sommer-
Unterbrechung der Sitzungen des preussischen
Staatsministeriums vor Abschluß der Landtags-
sitzung, das wäre frühestens im letzten Drittel des
Juli, eintreten wird.

Auch in Bezug auf die Verurteilung der
an den Verhandlungen des Landtags betheilig-
ten Referenten der Ministerien ist mehrfach der
Vorbehalt geäußert worden, daß der Urlaub
erst nach Schluß der Landtagsession angetreten
werden kann.

— Dieffests und jenseits des atlantischen
Ozeans haben es sich beglückte Deutsche ange-
legen sein lassen, Summen zu dem Zwecke zur
Verfügung zu stellen, strebsamen jungen Leuten
den Besuch der Chicagoer Ausstellung zu ermög-
lichen. Namentlich sind jungen G. werberinnen,
welche ihre technischen und fachlichen Kenntnisse
bereichern und ihre darüber erlangte Erfahrung
in den Dienst des deutschen Gewerbes stellen
wollen, solche Mittel zugänglich. Wie wir hören,
hat man aber die Unterstützung dieses Strebens
regierungsseitig der privaten Thätigkeit nicht allein
überlassen. Einige Regierungen von Bundes-
staaten wollen zu gleichen oder ähnlichen Zwecken
Gelder verwenden. So soll es u. a. in der Ab-
sicht der preussischen Regierung liegen, Unter-
stützungen namentlich in dem Falle zu gewähren,
wenn Sachverständige von industriellen Verein-
igungen zur kolumbischen Weltausstellung mit dem
Antrage entsandt werden, ihre Erfahrungen in
ausführlichen Berichten den betreffenden deutschen
Gewerbezweigen mitzutheilen. Dabei soll es ge-
eignet werden, wenn der Besuch dieser Sachver-
ständigen sich nicht auf die Chicagoer Ausstellung

beschränkt, sondern auch solche Plätze der Ver-
einigten Staaten umfaßt, welche für die besonde-
re, in Betracht kommende Branche von Bedeutung
sind. Die Mittel, welche hierzu den Regierungen
der Einzelstaaten zur Verfügung stehen, sind ja
beschränkt. In Preußen dürften sie aus den be-
reiteten Fonds des Ministeriums für Handel und
Gewerbe gewährt werden. Jedoch könnte man
trotzdem wohl, wenn man die Gewährung der
Mittel auf einige wenige Branchen beschränkt,
ganz gute Erfolge erzielen.

Münster i. W., 8. Juni. Freiherr von
Schorlemer-Alff veröffentlicht eine lange Erklärung,
in welcher er die Ablehnung des Hunserschen An-
trags bedauert, der ohne eine unerträgliche Be-
lastung des Volkes die zweijährige Dienstzeit, eine
Verbesserung der Organisation, eine Verklärung
der Armee und Erleichterung für die ältere Land-
wehr, sowie die Gleichberechtigung unserer Armee
gegenüber dem Feinde und damit die Erhaltung
des Friedens gesichert hätte. Die ländliche Be-
völkerung sei, weil sie die meisten Dienstpflichtigen
stellen müsse, ganz besonders bei der Forderung
und Einführung der zweijährigen Dienstzeit und
nach Erleichterung der älteren Landwehrjahrgänge
interessirt. Der liberale Antrag bedeute eine
innere Verwundung des Heeres und der Wehr-
kraft gegenüber dem Feinde. Der Hunsersche An-
trag widerspreche auch nicht der Resolution
Reichstags. Ein bewaffneter Frieden sei billiger
als der Krieg. Im Hinblick auf die bedrohliche
Lage des Vaterlandes, zur Wahrung der Ehre,
Größe und Unverletzlichkeit des deutschen Reichs,
vor Allem im Interesse der Erhaltung des für
die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen
Friedens wolle und hoffe er, daß die Militär-
vorlage nach dem Hunserschen Antrage angenom-
men werden möge.

Wankenburg, 8. Juni. Durch ein in
Hasselfelde am 2. d. gestrigen ausgebrochenes Feuer
wurden in drei vom Markte parallel laufenden
Straßen 85 Gebäude eingeschifft. Bei der her-
schenden Trockenheit verbreitete sich das Feuer mit
außerordentlicher Geschwindigkeit über die Holz-
bauten. Auch das Postamt brannte nieder. Die
telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen
und nur auf Umwegen konnten die Feuerwehren
benachrichtigt werden. Die Feuergefahren werden
vielleicht in den Flammen untergekommen.
Menschleben sind nicht zu beklagen; es herrscht
große Noth.

Dresden, 8. Juni. Ihre kaiserliche Hoheit
die Kronprinzessin Stephanie hat nach ihrer An-
kunft mit Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin
Friedrich August eine Rundfahrt durch Dresden
unternommen.

Ihre Hoheit die Herzogin Anhaltin von
Schleswig-Holstein ist in dieser Nacht zurück-
gekehrt.

München, 7. Juni. Anlaßlich der Landes-
parlamentarier der deutschen Landwirtschafts-
gesellschaft und der Eröffnung der Ausstellung auf
der Theresienwiese werden morgen zahlreiche
Erzträge eintreffen. Der preussische Minister für
Landwirtschaft, Domänen und Forsten v. Heyden
wird morgen Mittag eintreffen und der Er-
öffnung der Ausstellung bewohnen. Heute fand
im Rathhaussaal Empfangsabend statt, bei
welchem etwa 600 Personen aus allen Theilen
des Reichs anwesend waren, darunter Vertreter
der Regierungen der deutschen Staaten und andere
herausragende Persönlichkeiten. Der Bürgermeister
Dorff hat die Gäste im Namen der Stadt will-
kommen und schloß mit einem Hoch auf die Land-
wirtschaftsgesellschaft. Der Präses der öst-
preussischen Section, Justizrath Reich, schloß mit
einem Hoch auf den Ehrenpräsidenten, Prinzen
Andwig. Letzterer dankte in einer längeren An-
sprache, in welcher er hervorhob, daß er neben dem
allgemeinen Interesse für alle Zweige des Staats-
lebens und für alle Stände der praktischen Land-
wirtschaft nahestehe. Gerade die Landwirtschaft be-
weise die unbedingte Nothwendigkeit des Zusammen-
wirkens der Berufsarten besonders mit der In-
dustrie; auch die kleinen Landwirthe könnten sich
die Vorteile einer industriellen Nothwendigkeit
sichern durch Genossenschaftsunternehmungen, in
denen in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte ge-
macht seien. Allerdings traten entgegengesetzte Wün-
sche der Städtebewohner und der Landwirthe betref-
fend die Zollfragen hervor, die Landwirthe beifol-
weise wünschten vielfach eine billigere Verzollung
der Maschinen, wollelere Rohmaterialie u. s. w. Es
sei eine schwere Aufgabe, die richtige Ausgleichung
der Interessen und Gegenseite herauszufinden, auch
zwischen den großen und kleinen Landwirthen und
zwischen den verschiedenen beschaffenen Ackerzeugen.
Hierzu reihe er die Frage der Staffeltarife und
des Identitätsnachweises, in welcher ebenfalls nur
das Gesamtwohl, nicht der Vortheil eines
Landestheiles mitzusprechen habe, desgleichen bei
allen Zolltarifen. „Ich bevorzuge“, schloß der
Prinz, „keinen Stand und kein Land, nur das
allgemeine Beste suche ich zu fördern; ein treues
Zusammenstehen aller Stände ist nothwendig, am
besten verkörpert im deutschen Reiche. Das
Reich lebe hoch!“ — Die Rede wurde sehr bei-
fällig aufgenommen.

Österreich-Ungarn.

Der Prager Stadtrath, eine Gemeindebehörde,
der politische Demonstrationen eigentlich fernliegen
sollten, hat sich in seiner Sitzung mit zwei An-
trägen betheiligte, die mit der Verwaltung städti-
scher Interessen nichts gemein haben: ein-
mal mit dem Antrage des Stadtraths-
raths Dr. Gernoborsky auf Erlassung einer Kund-
gebung für die jugendlichen Landtags Abgeor-
neten anlaßlich ihrer Haltung in der letzten
Sitzung des böhmischen Landtages und ferner mit
dem Antrage Bohl auf Erlassung einer Kund-
gebung wegen der Ueberzeugung der Junggehehen
bei der Wahl des Budget Ausschusses der öst-
reichischen Delegation. Die Stellungnahme des
Stadtraths war bei seiner Zusammensetzung ge-
geben. In zwei Resolutionen billigte er, daß sich
die geschilderten Parteien im Landtage gegen die
Regierungsvorlagen, betreffend die Errichtung neuer
Kriegsgerichte in Trautau und Schlan, aus-
gesprochen haben und daß der Landtag in seiner
letzten Session kein Gutachten über diese Vorlagen
abgegeben hat und drückte ferner sein Bedauern
darüber aus, daß die Vertreter des geschilderten
Volkes in der österreichischen Delegation ohne
jeden wesentlichen Grund nicht in den Budget-
Ausschuss derselben gewählt wurden, in welchem
detaillirt, auch in vertraulicher Weise über die
Verhältnisse verhandelt wird, welche allen Nationen in
Österreich aufgeführt werden, und zu welchen
die geschilderte Nation in hohem Maße beiträgt, und

daß in Folge der Interessen des geschilderten
Volkes in Böhmen in diesem überaus wichtigen
Ausschusse durch sie weder verhandelt noch ge-
wahrt werden können.

Wien, 8. Juni. Die Ueberschwemmungs-
nachrichten aus der Bukowina, Ost- und West-
Galizien lauten fortgesetzt sehr trübsal. In vielen
Orten sind ganze Häusergruppen weggeschwemmt
oder von Wasser umgeben. Außerdem wütheten
noch Hagelstürme. Die Wiener-Abtheilungen sind
nach den bedrohlichsten Punkten abgegangen. Der
Landesausschuß votirte Unterstützungen für die
Nothleidenden.

Wien, 8. Juni. In Folge Hochwassers ist
auf den Staatsbahnhöfen Verhormeth-Negebodny,
Dalmatien und Chernowit-Nowoseltz der gesamte
Verkehr eingestellt. Auf der Strecke
Stanislaw-Strizki ist der gesamte Verkehr wieder
eröffnet.

In zahlreichen Ortschaften des Stanis-
lauer Bezirkes richtete das Hochwasser große
Verwüstungen an. Die Saaten sind vernichtet,
Gräben und Straßen zerstört. Der Regen hat
aufgehört.

Triest, 8. Juni. In Folge des falschen
Gerüchtes, daß Matrofen von zwei griechischen
Kriegsschiffen ein Mädchen geraubt, entstand, wie
„Piccolo“ meldet, in Taranto ein Aufruhr.
Wüthende Volksmassen durchzogen die Straßen
und insultirten thätlich mehrere griechische Offi-
ziere und Matrofen, sowie dort lebende Griechen.
Erst spät in der Nacht gelang es, nachdem 30
Verhaftungen vorgenommen, die Ruhe wieder her-
zustellen.

Belgien.

Die von der belgischen Regierung nieder-
geschickte Antwerpener Delegation, deren Auf-
gabe darin bestand, Vorschläge zu formuliren, wie
durch Ermäßigung der Platzbühren, welche auf
dem Handels- und Schiffsverkehr Antwerpens
lasten, den Interessen dieses belgischen Seehafens
wirksam geholfen werden könne, hat ihre Arbeiten
vor Kurzem beendet und dem Ministerium aus-
führlich Bericht erstattet. Zur Abhilfe der vor-
handenen Uebelstände wird seitens der Kommission
zunächst die gänzliche Aufhebung der Leuchtthurm-
und Leuchtschiffgebühren, sowie eine wesentliche
Ermäßigung der Leuchtgebühren angestrebt. Den
letzteren Punkt anlangend, wird die Herabsetzung
eines belgisch-holländischen Einvernehmens vorge-
schlagen, um eine möglichst gleichmäßige und mög-
lichst weitgehende Ermäßigung der Leuchtgebühren
durchzusetzen. Des weiteren bezieht sich der Kom-
missionsbericht auf eine bedeutende Herabsetzung der
Wasserfahrzeuggebühren sowie der Kosten des
Antwerpener Handelsgerichtshofs. Weiter wird
Kündigung des zwischen dem Staate und der
Eisenbahngesellschaft Mechelen-Terneuzen bestehenden
Vertrages gefordert, weil die Haftung desselben
einem ausländischen Hafen Vortheile auf Kosten
des Antwerpener Hafens zuwende. Dem Schluß
bildet der Hinweis auf die Nothwendigkeit eines
direkten Schienenweges von Antwerpen nach dem
Niederlande. In der belgischen Presse werden
diese Vorschläge der Kommission durchgehend
zustimmend besprochen und giebt sich im An-
schlusse daran die Erwartung kund, daß das
Ministerium nunmehr unverzüglich den Anregun-
gen der Kommission näher treten werde.

Frankreich.

Paris, 8. Juni. Dem „Figaro“ zufolge
hatte der Präsident Carnot gestern einen merkwür-
digen Anfall seines Lebenslebens zu bestehen. Am Ab-
end trat eine merkwürdige Besserung ein.

Paris, 8. Juni. Nach hier vorliegenden
Mittheilungen aus Buenos-Ayres hat sich das neue
Kabinett bereits konstituirte. Als Minister werden
genannt Veneciano Escalante für Inneres, Gane
für Auswärtiges, Avellaneda für Finanzen, Gene-
ral Piebano für Krieg und Amancio Alcora für
Justiz.

Paris, 8. Juni. Wegen nächtlicher Ruhe-
störung wurde der sozialistische Bürgermeister von
Montcloux durch einen Präfecturbefehl von sei-
nem Amte entbunden.

Spanien und Portugal.

Madrid, 7. Juni. Der Ministerrath hat
gestern verschiedene Gesetzesprojekte von nicht ge-
ringer Bedeutung angenommen. Das erste be-
zieht sich auf den Transport der Rohmaterialien
und Ackerbauprodukte durch die Eisenbahn. Die
Tariffrage für diesen Transport werden in dem
Gesetzesprojekt ganz bedeutend vermindert. Da-
gegen wird die Regierung den Eisenbahnkom-
pagnien die Durchschnittseinnahme der letzten Jahre
garantiren.

Das zweite Gesetzesprojekt bezweckt die Er-
leichterung der Einführung von Kommunikations-
wegen zwischen Eisenbahnstationen und solchen
Orten, welche bis zu 16 Kilometern von den je-
weiligen Stationen entfernt liegen. Dieser Plan
verlangt den Bau von 5000 Kilometern Wegen,
deren Ausführung die Eisenbahnkompanien unter-
nehmen werden. Die Regierung wird dagegen
als Gegenleistung die Zinsen und die Amortisation
der Obligationen, welche nachfolgend durch die Kom-
pagnien ausgegeben, und vier Millionen Pesetas
nicht übersteigen werden, bezahlen.

Der dritte Gesetzesentwurf bezieht sich auf
den Bau von Eisenbahnen von 0,75 Metern
Spurweite.

Außerdem hat der Ministerrath den Be-
schluß gefaßt, gelegentlich der Diskussion
über die Höhe der Budgeterparnisse aus die-
sem Gegenstand die Vertrauensfrage zu stellen.

In den Konferenzen zwischen Sagasta, Ca-
novas, dem Finanz-, dem Kriegs-, dem Justiz-
minister und Escobedo, sowie dem General
Alzarraga, kam folgender Kompromiß zur Aus-
nahme:

